

1129/J XXII. GP

Eingelangt am 25.11.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Kontrolle über die Verwendung der österreichischen Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit der EU

Ein maßgeblicher Anteil der Mittel der offiziellen österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) fließen über die Europäische Union: Im Jahr 2001 betrug der EU-Anteil 48,9 % und im Jahr 2002 sogar 62,7 % der multilateralen EZA-Mittel.

Auf der Homepage des Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (www.bmaa.gv.at) heißt es dazu:

„Österreich gestaltet die Entwicklungspolitik der EU aktiv mit und bemüht sich vor allem um Kohärenz zwischen den Maßnahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und den Entwicklungspolitischen Grundsätzen der EU.“

Doch viele Entwicklungsprojekte des Europäischen Entwicklungsfonds können durch die mangelnden Kapazitäten der Brüsseler Verwaltung nicht ausgeschüttet werden. Dies führte 2002 dazu, dass ein Teil der EEF-Mittel eingefroren wurde, um den entstandenen „Stau“ abzuarbeiten und Reformen einzuleiten.

Nach Angaben der Financial Times vom 9. Oktober 2003 übte der Leiter der UN-Gesundheitsorganisation WHO heftige Kritik an der EU, dass auch die sog. „Water For Live“-Initiative nicht implementiert werden könne, da die zugesagte 1 Milliarde Euro durch den Stillstand ebenfalls nicht an Wasserprojekte ausgeschüttet werden könne.

Die unternetzten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie gestaltet Österreich die Entwicklungspolitik der EU aktiv mit? Welche Initiativen wurden gesetzt?
2. Wirkt Österreich auch am Reformprozess betreffend der Verwaltung und Abwicklung der EEF-Mittel mit? Wenn ja, wie sehen die österreichischen Vorschläge für eine effizientere Verwendung und Verteilung aus?
3. Wie und wodurch werden seitens des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten die jährlichen Beiträge Österreichs am Europäischen Entwicklungsfonds bezüglich ihrer Verwendung kontrolliert?
4. Wie hoch ist der finanzielle Anteil Österreichs an der von den EU-Staaten zugesagten 1 Milliarde Euro für den Wasserbereich?
5. Wie hoch ist davon der Betrag, der bilateral abgewickelt wird?
6. Wie hoch ist davon der Betrag, der über die EU abgewickelt wird? Um welche EU-Institutionen handelt es sich dabei?
7. Wird sich Österreich um eine rasche Ausschüttung der für die Wasserprojekte reservierten Mittel bemühen? Wenn ja, wie soll dies geschehen?